

Bels- und
in Calw.
sstellung
ttgart.

Spaziergang nach
am für den ganzen
n, wofelbst auch An-
werden wollen.
Vorstand: H. C. P. g.
schluß eingeladen.

nzell.

onzept

5. Juni

-6 Uhr

forzheim.

ark

ie Hälfte.

erwaltung.

adisch. Hof

end 8 Uhr

Monte Carlo

III Teile.

des Schahs.

gelsch.

adung.

Freunde und
den 17. Juni
n Unterliegen-

Feier

Bäcker,

Bäckermeister,

ner,

meister, Ggelsch,

ebenzell.

adung.

Freunde und Be
den 17. Juni

Feier

hier freundlichst

ler,

Baldschüg, hier.

bacher,

bacher, hier.

hr.

Läne

Calw

tsft. ds. Bl.

erhältlich.



Nr. 136.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinbaltige Seite Nr. 2.—
Reklamen Nr. 6.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 15. Juni 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung Nr. 60.— vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 60.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die gewaltige Steigerung aller Lebensmittelpreise in den letzten Monaten hat die Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenorganisationen veranlaßt, von neuem an die Reichsregierung heranzutreten, zwecks Einleitung von Verhandlungen über die Anpassung der Gehälter an die neuerliche Teuerungswelle. Die Regierung hat sich zu Besprechungen bereit erklärt.

Die Reparationskommission hat nun auf die letzte deutsche Note die ergänzende Antwort erteilt, die dahin geht, daß man also auf der Finanz- und Ausfuhrkontrolle bestehen bleibt, und daß man eine völlige Unabhängigkeit der Reichsbank von der Regierung wünscht, wahrscheinlich um sie auch unter fremden Einfluß zu bringen. Wie weiterhin aus Paris angedeutet wird, soll in der Note auch zum Ausdruck gebracht werden, daß das Scheitern der deutschen Auslandsanleihe die deutsche Regierung keineswegs von den einmal übernommenen Verpflichtungen entbinde. Die Expansionspolitik geht also weiter.

In Haag beginnt heute die Vorkonferenz der Allierten und ihrer „neutralen“ Exponenten über die Rußland aufzulegenden Bedingungen für die Wirtshilfe am wirtschaftlichen Wiederaufbau. Ganz richtig hat Tschischewitsch kürzlich gesagt, die Entente habe bisher noch gar nichts darüber gesprochen, wie man Rußland helfen wolle, sondern nur darüber, was man von den Russen wünsche in bezug auf ihre Vorkriegs- und Kriegsschulden. Deshalb hat er auch jetzt über die Haltung der Sowjetregierung auf der Haager Konferenz mit aller Deutlichkeit erklärt, daß Rußland sich nicht zu einer schmähtlichen Kapitulation zwingen lasse. Frankreich geht vorläufig nur als „Beobachter“ nach Haag, während die amerikanische Regierung schon seit einiger Zeit kein Geht daraus macht, daß ihr unter dem jetzigen System an einem Eingreifen in Rußland nichts liege.

Die Vorkonferenz in Haag.

Haag, 14. Juni. Wie das „Niederländische Korrespondenz-Bureau“ erzählt, wird die erste Zusammenkunft der Delegierten der Vorkonferenz morgen nachmittags 2½ Uhr im Friedenspalast stattfinden. Im Namen der Niederländischen Regierung wird der Minister des Meisters die Delegierten begrüßen.

Frankreich vorerst nur passiver Teilnehmer.

Haag, 14. Juni. Der französische Gesandte Benoist, der Frankreich auf der Haager Vorkonferenz vertritt, erklärte dem Sonderberichterstatter der Agence Havas, daß er der morgigen Sitzung und den Sitzungen der folgenden Tage als Beobachter der französischen Regierung beiwohnen werde. Er passe seine Haltung vollkommen den Weisungen an, welche er durch die französische Denkschrift vom 4. Juni erhalten habe.

Die Haltung der Russen.

Berlin, 14. Juni. Der Berliner Korrespondent der Pariser „Information“ stellt nach dem „Stuttg. Neuen Tagbl.“ der „Dena“ die nachstehende offizielle Erklärung Tschischewitschs zur Verfügung, die der russische Volkskommissar des Auswärtigen ihm gegenüber abgegeben hat: „Die Haltung der französischen Regierung gegenüber Rußland scheint immer intransigent zu werden. Das letzte französische Memorandum zeugt von einer Selbstverfassung, die einer Verständigung sehr wenig günstig ist. Diese Intransigenz schädigt Frankreich weit mehr als Rußland. Sie fällt mit voller Wucht in erster Linie auf die Masse der kleinen Leute zurück, die als Besitzer russischer Rententitel die ersten wären, die aus einer Vereinbarung mit Rußland Nutzen zögen. Die russische Regierung wie gleichermaßen die russische Genua-Delegation haben in der allerformelhaftesten Weise erklärt, daß, wenn ein Abkommen über die Schuldenfrage zustande kommen sollte, und zwar ganz gleich, welcher Art, in jedem Fall die gerechten Forderungen der kleinen Rentenbesitzer befriedigt werden sollten. Die russische Regierung hat sich tatsächlich das Ziel gesteckt, den Interessen der Arbeiter und der übrigen kleinen Sparer, die russische Werte innehaben, entgegenzukommen. Wer durch Arbeit und durch Entbehrungen es zu kleinen Ersparnissen gebracht hat, die er leider in Werten der Barentregierung anlegte, verdient in den Augen der russischen Regierung ihre ganze Fürsorge. Als sie das von der russischen Delegation vorgeschlagene Abkommen, welches die Bezahlung der Vorkriegsschulden wie besondere Erleichterungen für die kleinen Rentner umfaßt, ablehnte, opferte die französische Regierung die Interessen dieser letzteren. Sie hat sie geopfert zu dem Zweck, den Forderungen der Großindustrie und der Hochfinanz nachzukommen, die jedes Abkommen zurückwiesen, das nicht die Rückzahlung der Fabriken und anderen Privateigentums an die früheren ausländischen Eigentümer in sich schloß. Dieser kleinen Gruppe von Masto-

denten der Hochfinanz hat die französische Regierung die Kleinkapitalisten hingeopfert. Es ist sehr bedauerlich, feststellen zu müssen, daß sie nicht nur auf diesem Wege verfährt, sondern ihn mit weit größerer Rücksichtslosigkeit denn je weiterverfolgt. Mit dem aufrichtigen Wunsch nach Frieden und Eintracht geht Rußland nach dem Haag. Aber es wird sich ebensovienig im Haag wie in Genua Bedingungen aufzwingen lassen, die die Aufgabe der Fundamente seines politischen und gesellschaftlichen Systems bedeuten würden. Die Entscheidung liegt in den Händen der anderen Mächte. Wenn ihr Gedanke, wenn sie nach dem Haag gehen, der ist, Rußland zu einer schimpflichen Kapitulation zu zwingen, so ist das Zeitvergeubung. Wir gehen nach dem Haag mit dem Gedanken, daß ein vertieftes und aufmerksames Studium aller einen Teil der russischen Frage bildenden Probleme alle unparteiischen Beobachter zu der Erkenntnis führen wird, daß es unmöglich ist, mit Gewalt dem russischen Volke Ideen und Lösungen aufzudrängen, die in vollkommenem Widerspruch mit den Grundlagen seines politischen und sozialen Systems stehen. Zu einer für alle Teile befriedigenden Lösung dieser Frage zu gelangen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Weltpolitik. Es ist eine mühsame Behauptung, daß ohne Rußland der allgemeine Wiederaufbau möglich ist. Für Rußland selbst wie für alle Länder ist es eine bringliche Aufgabe, die gegenseitigen Beziehungen zu regeln. Der Wiederaufbau Rußlands und der Wiederaufbau Europas sind nur zwei Seiten des gleichen Problems. Dahin zu gelangen, ist unser aufrichtiger Wunsch, es ist die Fundamentalidee unserer Politik.“

Zur auswärtigen Lage.

Eine ergänzende Antwortnote der Reparationskommission bezüglich der Finanzkontrolle über Deutschland.

Paris, 14. Juni. Durch Vermittlung der Kriegslasten-Kommission in Paris hat die Reparations-Kommission an die deutsche Regierung die angekündigte Note zu ihrer Mitteilung vom 31. Mai gerichtet, auf die sie sich eingangs der neuen Note bezieht. Die Reparations-Kommission weist darauf hin, daß Einzelberatungen des Garantie-Komitees über folgende Punkte bereits vereinbart sind: 1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, 2. Mißbräuchliche Kapitalausfuhr, 3. Statistik. Ueber diese drei Punkte erklärt die Kommission das Ergebnis der Verhandlungen des Garantie-Komitees mit der deutschen Regierung abwarten zu wollen. Bei den noch in der Schwebe befindlichen Punkten wird bezüglich der Zwangsanleihe erwartet, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 mindestens 40 Milliarden Einnahmen zu erzielen. Die Kommission stellt ferner fest, daß der ihr unterbreitete Haushaltsplan keine ergänzenden Einnahmen zur Deckung des Defizits der öffentlichen Betriebe vorsieht. Hierüber erwartet die Kommission von der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge. Die Kommission erkennt ferner zwar an, daß das deutsche Gesetz über die Autonomisierung der Reichsbank der deutschen Regierung das Recht entzieht, direkt auf den Gang der Finanzoperationen einzuwirken, fordert jedoch, daß zur tatsächlichen Herstellung der Unabhängigkeit der Reichsbank diese nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängiges Personal haben muß. Auf die neueste Regelung, wonach die Tätigkeit der deutschen Regierung bei der Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrats der Reichsbank sich auf eine Kontrolle in Form eines einfachen Einspruchsrechts beschränkt und den Aktionären volle Freiheit bei der Wahl läßt, legt die Kommission großen Wert. Die Kommission besteht nicht darauf, daß in Bezug hierauf sofort ein neues Gesetz angenommen wird, behält sich jedoch das Recht vor, ein neues Gesetz zu verlangen. Im Interesse einer Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredits kann die Unabhängigkeit der Bank erst wirksam werden, wenn die Reichsbank nicht mehr die Berechtigung besitzt, Noten gegen Schatzscheine auszugeben. Zwar hängt jede Einschränkung der Inflation von der Deckung der öffentlichen Ausgaben durch tatsächliche Einnahmen an Steuern und inneren Anleihen ab und es wäre jetzt verfrüht, die seit 1914 beseitigte Limitierung der Papiergeldausgabe wiederherstellen zu wollen. Die deutsche Regierung muß aber schon jetzt die Wiederherstellung einer vernünftigen Limitierung des Emissionsrechts vorbereiten, andernfalls wäre wieder zu befürchten, daß die Opfer, die jetzt vom deutschen Volk verlangt werden, um dem Anwachsen der schwebenden Schuld Einhalt zu tun, nicht ihr Ziel erreichen.

Eine englische Verpflichtung an Frankreich in der Besetzungsfrage.

Paris, 15. Juni. Wie die Agence Havas meldet, handelt es sich bei den Auskünften, die im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten Doumergue von Poincare erlangen soll, besonders um eine von Briand vor dem Ausschuß abgegebene Erklärung. Dieser soll erklärt haben, die englische Regierung sei eine Verpflichtung eingegangen, nach der sie die Nicht-

bezahlung der Reparations- oder der Besetzungskosten seitens Deutschlands als Grund für die Hinausschiebung der Räumung des linken Rheinufer betrachte. Der Senatsauschuß will wissen, ob diese Verpflichtung wirklich besteht.

Die englisch-französische Ausbeutungspolitik in Oestreich.

Berlin, 14. Juni. Wie der „Oestrichen Zeitung“ aus Wien gemeldet wird, haben gestern die Ententevertreter bei den unter englischen und französischem Einfluß stehenden Banken (Länderbank und Anglobank) interveniert, damit der Regierung sogleich größere Devisensummen zur Verfügung gestellt werden. Die beiden Institute haben sich nach einer Mitteilung der „Neuen Freien Presse“ bereit erklärt, sofort Beträge von je 10 Millionen Franken für die Regierung flüssig zu machen. Da auch die übrigen Wiener Großbanken ähnliche Zusagen gemacht haben, wird der Finanzminister schon heute über einen Devisenfonds von 40 bis 50 Millionen Franken verfügen, der zum Teil zur Begleichung ausländischer Aufkäufe der Regierung dienen, zum anderen der Industrie zur Deckung ihres dringendsten Devisenbedarf überlassen werden soll. — Es wird den Oestreichern immer nur soviel geholfen, daß sie nicht ganz verzweifeln, und in der Verzweiflung vielleicht den Anschluß an Deutschland betreiben, der heute wieder mehr als je verlangt wird.

Paris, 14. Juni. Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung die Prüfung der Aufgaben vorgesetzt, die der interalliierten Kommission durch die Verwaltung im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet erwachsen sind. Sie hat ferner beschlossen, die Staaten, die Gläubiger Oestreichs sind, zu ersuchen, auf ihr Vorrecht für die Dauer von 20 Jahren zu verzichten, damit die Anwendung des zur Wiederaufrichtung Oestreichs vorgesehenen Kreditplans ermöglicht wird.

Wien, 15. Juni. Nach einer amtlichen Feststellung sind die Kosten der Lebenshaltung vom 16. Mai bis 14. Juni dieses Jahres um 71 Prozent gestiegen.

Ein ungarisches Dementi.

Budapest, 14. Juni. Das Ung. Korr.-Büro ist von zuständiger Seite ermächtigt, die Nachricht eines Wiener Blattes, daß ein Konsortium mit der ungarischen Regierung über den Verkauf der ungarischen Bahnen verhandelt, auf das energischste zu dementieren. Die ungarische Regierung habe nicht die Absicht, ihre Eisenbahnen zu verkaufen.

Die Wirren in China.

London, 15. Juni. Einer von Blättern veröffentlichten Meldung zufolge ist ein ernster Kampf an der mandchurischen Grenze entbrannt. Schanhaiwan bildet den Mittelpunkt der Schlacht, die bereits seit 4 Tagen dauert und sehr schwere Verluste verursacht hat. Dieser Kampf kommt vollkommen überraschend, da die führenden chinesischen Stellen der Ansicht waren, daß die Anhänger Tschau-Tsu-Kings ernstlich bestrebt waren, Frieden zu schließen.

Das außenpolitische Programm des neuen japanischen Kabinetts.

Tokio, 15. Juni. (Reuter.) Der Minister des Auswärtigen, Graf Ugida, teilte der Presse mit, die auswärtige Politik werde unter dem Ministerium Kato keine Aenderung erfahren. Die neue Regierung werde die abgeschlossenen Verträge und die Washingtoner Erklärungen zur Ausführung bringen. China gegenüber verhalte sich Japan streng neutral. Sobald China eine einige und feste Regierung habe, werde Japan ebenso wie andere Mächte bereit sein, China die notwendige finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Santsau, Peking und anderen Städten des nördlichen Chinas sei nur durch die Unruhen dort verzögert. Die Lage Sibiriens gestalte nicht die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen. Wenn aber dort die Ordnung wieder hergestellt und der Schutz der Japaner gesichert sei, würden die japanischen Truppen unverzüglich zurückgezogen werden.

Deutschland.

Der Reichsernährungsminister zu Frage der Getreidemenge.

Berlin, 14. Juni. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wies der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, F e h r , bei der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 darauf hin, daß die diesjährige Ernte die vorjährige sicherlich keinesfalls erreichen werde, woraus sich die Notwendigkeit ergebe, zur Sicherstellung der Broterzeugung aus der inländischen Erzeugung eine bestimmte Menge zu erfassen. Die Umlage bedeute wohl für die Landwirtschaft ein Opfer, aber auch andere Wirtschaftskreise außer der Landwirtschaft, so die Hausbesitzer und die Kohlen- und die Stahlfabrikindustrie, müßten eine bestimmte Be-

Schränkung erlauben. Zur Erhaltung der Produktionskraft der Landwirtschaft werde es erforderlich sein, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Preise zu bewilligen, die die Herstellungskosten einschließlich eines angemessenen Gewinnes decken. Ungewiß sei noch, ob dabei der innere Wert der Mark oder Indizes die Grundlage bilden würden. Eine Völpfische Kommission werde die Preisfestsetzung behandeln. Er wisse von vornherein, daß es ihm nie gelingen werde, aus der umlagefeindlichen Landwirtschaft eine umlagefreundliche zu machen. Es müsse aber wenigstens versucht werden, aus der umlagefeindlichen eine solche Landwirtschaft zu machen, die für die Umlage nicht störend wirke. Das Brot müsse zu einem für die Allgemeinheit erschwinglichen Preis geliefert werden können. Es werde deshalb nicht möglich sein, den Marktpreis für das Brotgetreide zu zahlen. Die Kommission werde Mittel und Wege suchen müssen, um aus dieser Ungerechtigkeit herauszukommen und andererseits die Frage der öffentlichen Brotversorgung zu ermäßigten Preisen zu lösen. — Der Reichswirtschaftsrat nahm gegen eine große Minderheit den Antrag des Ausschusses an, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Zustimmung eine Billigung des allgemeinen Grundsatzes des Gesetzentwurfs bedeute, den einzelnen Zustimmenden aber in der Stellungnahme zu einzelnen Punkten von untergeordneter Bedeutung freie Hand lasse. — Der vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte ferner der Vorlage über das Zwangsanzleihegesetz nach den Ausschlußbestimmungen mit den Änderungen zu, daß die Verzinsung nach der Regierungsvorlage festgesetzt und die Freigrenze auf 200 000 Mark erhöht wird. Eine angenommene Entschlüsselung fordert weiter, Kleinwohnungs-Grundstücke vom Feuerbaren Vermögen auszuschließen.

Der Gesetzentwurf zur Steuerung der Not der Presse.

Berlin, 15. Juni. Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Not der Presse ist gestern vom Reichskabinett erneut beraten worden. Laut „Vorwärts“ wurde die Einbringung einer Gesetzesvorlage beschlossen, nach der ein Unterstützungsfonds von 500 Millionen Mark durch besondere Abgaben aufgebracht werden soll, die auf die Presse nach dem Papierverbrauch verteilt werden sollen. Das Gesetz soll vom Reichstag noch vor Beginn der Sommerferien verabschiedet werden.

Im März sind in Deutschland 275, im April 80 Zeitungen und Zeitschriften eingegangen.

Erneute Verhandlungen über die Anpassung der Beamtgehälter an die steigende Teuerung.

Berlin, 15. Juni. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Afabund haben laut „Vorwärts“ an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie die Reichsregierung angesichts der rapiden Geldentwertung und der damit verbundenen steigenden Teuerung ersuchen, baldigst neue Verhandlungen einzuberufen über eine angemessene Erhöhung der Bezüge des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe. Wie die Blätter hören, hat die Reichsregierung bereits die Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter zu einer Beratung über die Höhe der Gehälter und Löhne auf Anfang nächster Woche eingeladen.

Die Bestimmungen über die Räumung Oberschlesiens.

Oppeln, 14. Juni. Ueber die Räumung Oberschlesiens durch die alliierten Truppen und den Einzug der polnischen und der deutschen Truppen, sowie über die Abreise der interalliierten Kommission verlautet folgendes: Die Bestimmungen über die Auflösung der Polizei und Gemeindevache sind in einer besonderen Instruktion festgelegt worden. Der Auflösung der örtlichen Polizeigewalt folgt unter der Aufsicht der Kreiskontrolleure der Einzug der deutschen und der polnischen Polizei. Die Abreise des Personals des Kreiskontrolleurs erfolgt in Kattowitz, Kreuzburg und Oberglogau am dritten Tage, in Königshütte und Leobschütz am sechsten Tage, in Rosenberg und Lublitz am neunten Tage, in Kosel und Pleß am zwölften Tage, in Beuthen, Ratibor, Rybnitz, Gleiwitz, Tarnowitz und Zabrze am 17. Tage, in Groß-Strelitz am 22., in Oppeln am 25. Tage. Die Termine für den Abmarsch der alliierten Truppen werden demnächst in ihren Einzelheiten veröffentlicht werden. Der Einzug der deutschen und polnischen Truppen darf grundsätzlich erst ein Tag nach dem Abmarsch der alliierten Truppen stattfinden und zwar nach den zwischen den beteiligten Mächten vereinbarten Bestimmungen. Der Abtransport der deutschen Polizei und der deutschen Truppen darf nur auf der Linie Breslau-Kreuzburg oder Reize-Rasselwitz stattfinden.

Genf, 14. Juni. Der Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, ist heute nach Kattowitz, dem Sitz der Kommission, in Begleitung de Monténads von der politischen Abteilung des Völkerbundsrats abgereist. Calonder wird demnächst der deutschen und der polnischen Regierung einen Besuch abstatten.

Zum neuesten Mord im besetzten Gebiet durch Angehörige der Besatzungsmächte.

Berlin, 15. Juni. Wie die „Völpfische Zeitung“ meldet, fand auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft gestern die Sektion der Leiche der Frida Gudek statt, die am Sonntag in der Nähe von Zbstein von zwei Marokkanern ermordet worden ist. Es wurde festgestellt, daß der Tod durch Erdröfeln eingetreten ist, nachdem die Ermordete vorher vergewaltigt worden war. Der Bevölkerung in der ganzen Gegend hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Vermischtes.

Die Erweiterung des Hamburger Hafens.

Hamburg, 14. Juni. Die Senatsvorlagen zum Ausbau des Hafens, die 150 Millionen als erste Rate für den Eisenbahnbau Hausbruch-Waltershof und 137,7 Millionen für die Arbeiten im Hafen fordern, wurden von der Bürgerschaft einstimmig genehmigt.

Zur Krankheit Lenins.

Berlin, 14. Juni. In der Meldung der „Freiheit“, daß Lenin infolge der schweren Krankheit gezwungen sei, Moskau auf ein halbes Jahr zu verlassen, und daß er deshalb in der Regierung durch ein Komitee ersetzt worden sei, erzählt die „B. Z. am Mittag“ von hiesiger maßgebender Stelle, daß von einer derartigen Maßnahme in Moskau bis jetzt keine Rede sei. In einem hier eingetroffenen Brief an Tschitscherin schreibt Litwinow, daß Lenins Krankheit einen Ermüdungszustand darstelle, der eine unmittelbare Lebensgefahr nicht einschließe. Nach der „B. Z. am Mittag“ sind ferner Geheimrat Prof. Fleeheig aus Leipzig, daneben Geheimrat Klemperer als Gutachter nach Moskau berufen worden.

Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn.

Budapest, 14. Juni. Der heute früh halb 9 Uhr von Budapest abgegangene Grazer Eilzug ist bei Hareghalem infolge Schienenbruchs entgleist. Die Lokomotive stürzte über die Böschung hinab und ritz mehrere Wagen mit sich. Von Budapest sind 5 Hilfszüge abgegangen. Bis 11 Uhr vormittags wurden vier Tote und ein Schwerverletzter geborgen.

Budapest, 14. Juni. (Ang. Korz.-Büro.) Unter den Trümmern der bei dem Eisenbahnunglück zwischen Biborbagy und Hareghalem entgleisten Wagen wurden 2 Leichen gefunden. Eines der Opfer ist die Gemahlin des schlesischen Grundbesitzers Freiherrn von Reizenstein, geborene Baronin Wenzel. Viele Personen, darunter Freiherr von Reizenstein, wurden schwer und etwa 20 leicht verletzt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Juni 1922.

Dienstnachricht.

Forstamtmann Lechler in Calmbach wurde auf die Forstamtmannsstelle Rottenmünster versetzt.

Hausverkauf.

* Am letzten Montag wurde das Anwesen der Erben des verstorbenen Privatiers Seeger, Wohnhaus mit Garten in der Bahnhofstraße endgültig versteigert. Erlöst wurden 323 500 Mark. Käufer ist Prokurist Meier bei der Firma Christian Ludwig Wagner.

Haus- und Grundbesitzerverein Calw.

* Der Haus- und Grundbesitzerverein Calw hatte auf Dienstagabend in den „Babischen Hof“ eine Versammlung einberufen, die wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung sehr gut besucht wurde, so daß der kleine Saal voll besetzt war. Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Sattlermeister Widmaier, gab der 2. Vorsitzende, Herr Karl Reichert, einen Bericht über das gegen 10 Herren des Vorstands und Ausschusses eingeleitete Strafverfahren. Im vorigen Jahre sei eine Verordnung des Ministeriums erlassen worden, daß eine Wohnung, die ein Reichs- oder Staatsbeamter verläßt, eine bestimmte Zeit für seinen Nachfolger beschlagnahmt bleiben solle. Eine ganze Anzahl von Vereinsmitgliedern sei durch diese Verordnung betroffen worden und in Verlegenheit gekommen, und hätten deshalb den Vorstand veranlaßt, der Angelegenheit sich anzunehmen. Auch im Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine sei die Sache zur Sprache gebracht worden, wobei die Gefährdung der Verordnung bestritten worden sei. Der Ausschuß habe nun beschlossen, die Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken, und das sei durch eine Anzeige im „Calwer Tagblatt“ erfolgt, in der auf diese Verordnung hingewiesen wird, und in der es dann wörtlich heißt: „Jeder Hausbesitzer wird es sich künftig bei einem Wohnungswechsel sehr überlegen, ob er einen Reichs- oder Staatsbeamten in seine Wohnung aufnehmen wird. Auf alle Fälle wird er sich gegen die ihm bevorstehende Entziehung sichern und ehe er einen Mietvertrag abschließt, einen Revers von der vorgesetzten Behörde verlangen müssen, daß sie auf eine spätere Beschlagnahme verzichtet.“ Diese Anzeige habe in Beamtenkreisen Aufregung hervorgerufen, während die Mitglieder des Ausschusses, die natürlich nicht juristisch geschult seien, sich der Möglichkeit eines strafbaren Vergehens nicht bewußt gewesen seien. Die Reichs- und Staatsbeamten seien von den Hausbesitzern bisher immer als bevorzugte Mieter betrachtet worden, weil sie pünktliche Zahler gewesen seien, und auch die Gefahr großen Wohnungswechsels beim Beamten nicht bestanden habe. Wenn sich nun durch die Verordnung dieses Verhältnis verschoben habe, so lehne man selbstverständlich doch im Ausschuß die Unterstellung ab, als ob man dort die Staatsbeamten jetzt als Mieter 2. Klasse betrachte. Die Anzeige sei selbstverständlich vom ganzen Ausschuß genehmigt worden, denn jede Bekanntmachung werde vorher eingehend und kritisch behandelt, ehe sie herausgegeben werde. In diesem Sinne sei auch an die Redaktionen in der Sache anstehenden Landräger berichtet worden. Darauf sei nun auf Antrag der Staatsanwaltschaft von Seiten des Amtsgerichts Calw ein Strafbefehl in der Höhe einer Summe von je 600 M. (im Nichteinbringungsfall 4 Tage Gefängnis) gegen 10 Mitglieder des Vorstands und des Ausschusses erlassen worden, mit der Begründung, daß sie in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken zum Ungehörigen gegen rechtsgültige Verordnungen aufgefördert hätten, und damit auf die Hausbesitzer in Calw derart hätten einwirken wollen, daß diese die Verfügung des Ministeriums des Innern über Bekämpfung der Wohnungsnot vom 4. Juni 1921 in ihrer Durchführung verhindern sollten, worin ein Vergehen gegen die §§ 110, 47 des Strafgesetzbuchs erblickt wurde. Als Beweis dafür, daß diese Auffassung der Staatsanwaltschaft Tübingen bezw. des hiesigen Amtsgerichts nicht überall im Lande geteilt werde, verlas der Redner einen in der Haus- und Grundbesitzerzeitung stehenden Bericht über die Hauptversammlung des Heilbronner Vereins, „daß zu warnen sei vor dem Abschluß eines Mietvertrags mit einem Reichs- oder Staatsbeamten, da dann auch die Wohnung seinem Nachfolger überlassen werden müsse.“ Bis jetzt habe man noch nichts gehört, daß gegen diesen Verein Strafantrag gestellt worden sei. Die Vereinsmitglieder hätten auch innerhalb der gestellten Frist Einsprache gegen den Strafbefehl er-

hoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. Gleichzeitig habe man sich mit dem Hauptverband und mit maßgebenden Persönlichkeiten in der Angelegenheit ins Benehmen gesetzt. Nach einer Mitteilung des Stuttgarter Vereins habe dieser anscheinend in derselben Angelegenheit beim Ministerium mit Erfolg Vorstellungen erhoben, und zwar mit der Begründung, daß das Verfahren der Verordnung dazu führen müsse, daß die Beamten beim Vermieten von Wohnungen nicht mehr bevorzugt, sondern benachteiligt würden, weshalb die Aufhebung der Verordnung das Beste für die Beamten sei. Nach Auffassung rechtskundiger Persönlichkeiten seien auch die §§ 110, 47 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung gegen gesetzliche Verordnungen und Widerstand gegen die Staatsgewalt) zu Unrecht angezogen worden. Es gäbe keine Verordnung, die verlange, daß Staatsbeamte als Mieter aufgenommen werden müßten. (Zur Erläuterung dieses Streitpunktes diene die uns von beteiligter Seite mitgeteilte Ansicht des Grundbesitzervereins, daß die Anzeige nicht gegen die bestehende Verordnung gerichtet sein sollte, sondern die Mitglieder nur für den Fall von Neuvermietungen freier, also nicht von Staats- oder Reichsbeamten zuvor innegehabter Wohnungen auf die Verordnung hinweisen wollte. Wie man uns weiter mitteilte, haben tatsächlich schon Mitglieder des Vereins bei Aufnahme von Beamten Revers von der vorgesetzten Behörde gewünscht und erhalten, daß sie im Falle der Versetzung des Beamten nicht verpflichtet seien, den Nachfolger zu übernehmen. Die Sache habe dann noch eine Weiterung gehabt, weil er (Reichert) aus Sparmaßregeln zwecks Benachrichtigung der Mitglieder des Vereins den Strafbefehl im Schaufenster seines Geschäftes ausgehängt habe, worauf vom Stadtschultheißenamt die Aufhebung ergangen sei, den Strafbefehl zu entfernen, da sonst eine amtliche Entfremdung zu gewärtigen sei, weil man die Aushängung als Verhöhnung der Behörden betrachtet habe. Nach Schluß dieser Erklärungen, denen noch Mitteilungen über die in der Angelegenheit ergriffenen Verteidigungsmaßnahmen beifügt worden waren, forderte der Redner die Versammlung auf, zu der Haltung des Ausschusses Stellung zu nehmen. Handelschulbibliothekar Jügel stellte fest, daß er sowohl wie Flaschnermeister Eißig als Ausschußmitglieder keinen Strafbefehl erhalten hätten. Uhrmachermeister Zahn meinte, der Verein müsse sich hinter den Ausschuß stellen, der geglaubt habe, seine Mitglieder vor den durch die Verordnung gegebenen Unannehmlichkeiten warnen zu sollen. Er brachte folgende Entschlußung ein: „Die im „Babischen Hof“ äußerst zahlreich versammelten Hausbesitzer von Calw und Umgebung sprechen dem Vorstand und Ausschuss des Haus- und Grundbesitzervereins Calw für die unerschrockene und zielbewusste Wahrung der Rechte und Interessen der Hausbesitzer ihre Anerkennung und ihr volles Vertrauen aus.“ Die Entschlüsselung wurde einstimmig angenommen, und außerdem sprach noch im Namen der Versammlung Schuhmachermeister Schuler dem Ausschuss im allgemeinen und Herrn Reichert im besonderen deren Dank und Vertrauen aus. — Ueber die weiteren Verhandlungen bezüglich der Anpassung an das Reichsmietengesetz werden wir morgen berichten.

Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt in Calw.

Auf dem gestrigen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren zugeführt: 264 Stück Rindvieh, darunter waren 11 Stück Jungochsen, 24 Jungkühe, 58 Kühe, 30 Kalbinnen, 3 Jungfärsen, 32 Jungrinder und 6 Kälber. Der Preis für Jungochsen bewegte sich zwischen 38 000 und 60 000 M., für Jungkühe wurden 19 000 bis 33 000 M., für trüchtige Kühe 18 000 bis 30 000 M. per Stück bezahlt, für Jungrinder wurden 10 000 bis 16 000 M., für Jungfärsen wurden 15 000 bis 17 000 M. pro Stück bezahlt. — Auf dem Pferdemarkt war nichts aufgetrieben worden. — Auf dem Schweinemarkt waren 12 Stück Läuferfärschweine und 264 Stück Milchschweine zugeführt. Die Preise für Läuferfärschweine bewegten sich zwischen 4700 bis 7000 M., für Milchschweine zwischen 2300 bis 3400 M. pro Paar. Der Handel auf dem Viehmarkt war infolge der fabelhaften hohen Preise wenig belebt, dagegen wurde auf dem Schweinemarkt bei steigenden Preisen alles verkauft.

Bauerntag.

Am Sonntag nachmittag fand in Weikersheim ein Parteitag und Sommerversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes statt. Den ersten Vortrag hielt Landtagsabgeordneter Dingler-Calw. Er forderte die Befreiung der Zwangswirtschaft, damit wieder ein ordnungsmäßiger Ausgleich von Angebot und Nachfrage und eine ausreichende Erzeugung und Versorgung platzgreifen könne. In der Steuerfrage müsse verlangt werden, daß man nicht bloß der Landwirtschaft alle möglichen Steuern auferlegt, wogegen man von der Industrie zurückklappe. Auch bei der Getreideumlage versahre man nach diesem Grundsatze der Trennung des Bauernstandes. Die beabsichtigte Zwangsanzleihe und die Erfassung der Goldwerte bedeuten eine große Gefahr für den Bauern. Landtagsabg. Klein-Vorbachzimmern wies auf die schädlichen Folgen der Umwandlung Deutschlands in einen Industriestaat hin. Durch die Zwangswirtschaft sei unser ganzes Volk von unten bis oben zu Spitzhüben geworden. Auch die Getreideumlage sei ein Teil der Zwangswirtschaft. Gewiß solle den Minderbemittelten Brot zu angemessenem Preis abgegeben werden, aber es müsse hier eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln eintreten und nicht eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft. Die Befreiung dieses einzelnen Berufsstandes sei eine Ungerechtigkeit. Entschieden verurteilte der Redner den Metallarbeiterstreik. An Stelle von Th. Körner jr. sprach noch Bauernanwalt Müller-Rot a. S. Zum Schluß fand folgende Entschlüsselung einstimmige Annahme: Die Landwirte erheben in letzter Stunde ihre warnende Stimme gegenüber der Regierung und dem Parlament, von jeder Sonderbesteuerung, die eine Getreideumlage bedingt, entgegen dem Gesamtwillen der Landwirtschaft, abzusehen, weil durch derartige Zwangsmaßnahmen der gute Wille für Produktionssteigerung gänzlich untergraben wird und weil die Landwirtschaft eine weitere Bevormundung gegenüber anderen Berufsständen als eine schreckende Ungerechtigkeit empfindet.

Mutma
Der w
Samstag
reits w
Bad
gart wur
Preis vor
kaufst. D
lungsheim
auch N
(SCB)
br e h e r
schiedene
führung
weisen.
kant Pr
a. D. Pro
bürgerme
Landespo
Popp von
hastet D
Willein
Das erbe
Stuttgarter
renform
Heidenhe
Stuttgarter
besugt in
bracht w
(SCB)
Wende
ganze Ge
Der Die
(SCB)
dem N
Haus
(SCB)
735 ge
for Pant
auf der
(SCB)
alte Fab
bin wä
schaul.
sogar to
Oberr
Größe v
Der Sta
Fällen i
lang ist
Schwarz
man sein
wald un
fällt we
(SCB)
auch hier
großen
Unwetter
geräum
barte Se
das nahe
berer Se
vernichte
(SCB)
gartier
eine 20
und leg
schine rü
und war
man kein
(61)
Das
— man
angegrif
würden
schneller
Wer
das ist j
jener Sa
sagten z
krank —
ungerege
Sie r
gen Ert
ihre Int
offener
finken B
älteren
wurde n
fährt. U
dert wor
Wut ihre
man so
Abshied
suchte w
Diese
legenheit
gen ist
voller W
an ihre
unwürdig

Raucher im Orient.

Von Dr. Gerhard Mengs-Leipzig.

Im Rauchen offenbart sich ein Stück Völkervergleichung. Anders raucht man bei uns, anders jenseits des großen Teichs, anders zwischen Sinai und Sachalin. Im Orient — hat man gesagt — lernen sich Wirt und Gast erst über einer Pfeife Tabak kennen, nur daß man im Fernen Osten dazu Tee schlürft und im Nahen Osten Kaffee. Und wie sie zu rauchen verstehen im Orient!

Tokio. — Der Kischatuki macht im Gentan für einen Augenblick Raft. Wer weiß, wann ihn der nächste Jahrgast besiegt. Da hat er Zeit für ein Pfeifchen.

Die Nisan hat ihm das unvermeidliche Schälchen Tee gebracht, aber selbstverständlich auch das Rauchkästchen daneben gesetzt. Es gehört dazu, und sie hätte es dem Herrn Ministerpräsidenten so gut gebracht wie hier dem Kult. Ein irdenes Kohlenpfännchen ist darin — der Japaner steckt sein Pfeifchen an glimmender Holzlohle an — und ein Aschenbecher aus Bambus. Nur für drei, vier Züge langt der winzige Pfeifentopf. Dann klopft der Kult die Asche aus und steckt die Pfeife wieder in den Gürtel neben den Netsuke, den besonders dafür angebrachten Knopf aus Elfenbein oder Holz, an dem der Tabaksbeutelbaumelt.

Der Netsuke ist vielleicht ein kleines Kunstwerk, sauber geschnitten und zierlich geschnitten. Auch das Rauchkästchen ist meist ein Muster echt japanischer Kleinkunst. Freilich, die wirklich schönen und wertvollen sterben aus und sind bald nur noch in den Museen und Sammlungen Amerikas und Europas zu finden. Seit Japan das Tabakmonopol einführte, verdrängt die Ziga-

rette die Presse und mit ihr unwiederbringlich, was sich an kaiserlicher Kultur für diese entwickelt hatte.

Bangkok. — Ein Tabakladen. Draußen glühen die Steinstufen der Straße in der grellen Tropensonne. Hier drinnen aber ist es dunkel und kühl. Die Zigaretten liegen fertig auf dem Ladentisch aus glänzend poliertem Teakholz. Der Tabak ist oben in den Laosbergen an den Quellen des Menam gewachsen. Er ist grob und streng, aber die Siamesen sind zufrieden damit. Zarte, flinke Frauenfinger paden die Zigaretten in trockene Bananenblätter. Ein paar Bündelchen werden besonders in Lotosblütenblätter gewickelt und mit Vanilleextrakt parfümiert. Die sind für einen reichen Kaufmann bestimmt. Nun zieht die Alte mit ihrem Röhrchen auf die Straße. „Zigaretten gefällig?“ Da sammelt ein Mönch in schmutzgelber Kutte Almosen. Kleine Jungen springen zur Schule. Niedliche Mädchen trippeln vorüber, goldne Spangen an Armen und Füßen. Vornehme Damen in reizenden seidnen Panungs und weißen Jäckchen schreiten vorbei hohe Würdenträger, zerkumpte Bettler — alle rauchen sie ihre Zigarren.

Mandaleya. — Wie man bei uns von einer guten Hausfrau immer noch verlangt, daß sie kochen und stiften kann, so erwartet man in Birma von einem tüchtigen Mädchen in erster Linie, daß es sich aufs Zigarrendrehen versteht. Denn auch in Birma raucht alles. In den Straßen Mandaleys kann man schon die kleinen Kinder, Jungen wie Mädels, beim Spielen rauchen sehen. Man kann nicht sagen, daß der birmanischen Schönen die Zigarre nicht stünde. Seht sie euch an, wie sie dort sitzt, in ihrem frisch gewaschenen weißen Jäckchen, die leuchtende Seidenschärpe toskelt um den schlanken Leib geschlungen, das glänzende,

schwarze Haar hoch aufgesteckt. So kann man ihr die geliebte riesige Chroot nicht übernehmen. Und wenn am Abend die Laternen im Bazar an der Aracan-Pagode angezündet werden, wenn dann der Mond aufgegangen sein wird und die Straße am Fluß ganz im sammelschwarzen Schatten der Palmen verschwindet, wird sie so auf der Veranda vor ihrem Haus sitzen und warten. Und wenn dann ihr Liebster kommt zum „Flauberstündchen“, wird sie ihm auch nicht den kleinsten Finger zum Gruß reichen, denn das wäre unschicklich; aber sie wird ihm eine Chroot anstecken, und er wird wissen, daß sie ihn liebt.

Bagdad. — Ein offener Barbierladen an der Straße. Ein neuer Kunde tritt ein. Aber lang ist noch die Reihe der Vordermänner; er muß warten. Was heißt Zeit im Orient? Hier ist alles Geduld, und die Kargheit reicht immer noch aus, die Langeweile zu vertreiben. Er winkt nach der Kaffeeseite hinüber auf der andern Seite der Straße. Der Auswärter weiß Bescheid. Lässigen Schritts kommt er heran und stellt die Wasserpfeife hin, feuchtet den Tabakstaub im Kopf ein wenig an und steckt ihn mit einer glimmenden Holzlohle in Brand. Bedächtig zieht der also Bediente durch das lange Rohr den wassererfüllten Rauch ein. Der Tabak ist sehr stark, aber er raucht zum rechten Genuß durch die Lunge, Zug um Zug, und draußen gehen Kamele vorbei in schläfrigen Trott, Beduinen traben vorüber, ein paar Schöne gehen die Straße entlang, den dichten schwarzen Schleier vor dem Gesicht, ein Wasserverkäufer kommt, den Ziegen Schlauch über die Schulter geworfen. Die warme lichterfüllte Luft flimmert in zitternden Wellen. Die Rauchwölkchen ziehen, und die Zeit verrinnt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der U. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Umtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen die Einzelirma Maschinenfabrik Kleinwillbad, Julius Mech in Kleinwillbad Gemeinde Hirsau, Inhaber Julius Mech, Maschinenfabrikant in Kleinwillbad.
Den 14. Juni 1922.

Obersekretär Dürr.

Neue Fahrpläne

für den Bezirk Calw

sind in der Geschäftsst. ds. Bl. das Stück zu 1 Mk. erhältlich.

Wegen Geschäftsveränderung setze ich meinen gesamten **Biehbestand**



(15 erftl. Friesländer Milchkühe)

dem Verkauf aus. Liebhaber hiezu werden eingeladen.

Fritz Döttling, Calmbach
Brennereibesitzer.

Junger Hund zugelaufen.

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr
Obere Marktstraße 18.

Guterhaltene **Mähmaschine** zu verkaufen; daselbst wird eif. Bettstelle zu kaufen gesucht; oder gegen e. fere **n m z u t a u s c h e n.**
Straßer, Liebenzell.

Liebenzell.
6 Stück guterhaltene **Fenster**
85 cm breit 135 cm hoch
5 St. 85 cm breit 120 cm hoch zu verkaufen.
M. Lörcher, Meßger.

Für Heimarbeit wird eine gewandte **Maschinen-Näherin** gesucht.
Adressenangaben an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wolle.
Übernehme jed. Quantum Schafwolle zum verarbeiten von Stoffen u. Garnen. Letzteres kann auf Wunsch sofort umgetauscht werden.
Wollspinnerei Nagold von Louis Kentschler.

An unsere Leser in Simmozheim!

Durch Ausfall des zweiten Botenganges nach Weilderstadt erhalten unsere Leser am dortigen Plage die Zeitung immer einen Tag später als die anderen Bezahler und sind dadurch häufig wirtschaftlichen Schädigungen ausgesetzt.

Diesem Mißstand wäre abzuwehren, wenn der eine Botengang statt vormittags 9 Uhr erst um 1 Uhr in Weilderstadt abginge.

Wir bitten diejenigen unserer Leser, die für eine Späterlegung dieses Botenganges sind, uns dies schriftlich oder mündlich mitzuteilen, damit wir ihre Interessen in Form einer Eingabe bei der zuständigen Behörde wahren können.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Neufestsetzung der Kundennahmlöhne.

Infolge der andauernden Verteuerung sämtlicher Betriebs- und Mühlenbedarfsartikel, Instandhaltung der Mühlen-einrichtungen und die notwendigen Erhöhungen der Arbeitslöhne wurde in der am Montag, den 12. Juni in Stuttgart stattgefundenen Müllerversammlung der Oberämter Maulbronn, Baihingen, Calw, Leonberg, Ludwigsburg, Böblingen, Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen, Waiblingen, Schorndorf, Welzheim beschlossen,

mit sofortiger Wirkung die Mindestnahmlöhne

wie folgt festzusetzen:

Mahlen v. Brotgetreide,
Gerste und Mais Mk. 25.— p. 3tr.
Schrotten 2 malig Mk. 15.— p. 3tr.
Schrotten 1 malig Mk. 12.— p. 3tr.
bei Wasserbetrieb, bei Mahlen mit Hilfskraft 25—30% mehr.

Die Nahmlöhne verstehen sich bei Anlieferung des Getreides und Abholung des Mehles an bezw. von der Mühle durch den Kunden. Für Mahlverlust und Verstaubung kommen 4% der mihlegereinigten Frucht in Betracht.

Für den Württ. Hohenz. Müllerbund i. A. Hermann Riß
Geschäftsführer der Mühlenvereingung Stuttgart.



Drucksachen aller Art
liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.



Richelberg O.-A. Calw.

Am

Sonntag, den 18. Juni 1922
nachmittags 2 Uhr
wird das hiesige

Gefallenen-Denkmal

eingeweiht.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Gemeinderat.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

Jüngerer **Mädchen** für tagsüber gesucht.
Frau Carl Wöner, Färberei.

Ein ordentliches **Dienst-Mädchen** für Haushaltung kann sofort eintreten bei Frau Güterbeförderer Bauer, Bahnhofstr.

Jüngerer ordentliches **Mädchen** für tagsüber gesucht.
Frau Sattlermeister Widmayer am Markt.

Spekhardt. Ein jüngerer **Knecht** für Landwirtschaft, kann sofort eintreten bei Ulrich Volle, Bauer.

Oberreichenbach. Ein Paar abgeänderte **Militärjunkerhose** Größe 27, verkauft weil zu klein
J. G. Walz.

Bad Liebenzell. **Im Waschen und Bügeln** empfiehlt sich
Fr. Stog, Kirchstraße 11.

Gesucht **Mädchen** für kleinen Haushalt in besserem Haus bei sehr guter Bezahlung und Behandlung, Kenntnisse im Kochen erwünscht, leichte Gartenarbeiten vorkommend. Eintritt baldmöglichst. Meldungen erbeten an
Frau Otto Brodbeck, Holzhandlung, Feldreunach.

Guterhaltene, eiserne **Kinder-Bettstelle** zu verkaufen.
Anzufragen mittags. Wer, jagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1 Glucke mit 10 Jungen verkauft
J. Menges, Ernstmühl.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland